

KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 18. September 2023
Kantonsratspräsidentin Schmutz Judith

A 1044 Anfrage Engler Pia und Mit. über genügend und qualifiziertes Gesundheitspersonal / Gesundheits- und Sozialdepartement

Pia Engler ist mit der Antwort des Regierungsrates teilweise zufrieden und verlangt Diskussion.

Pia Engler: Die Antwort der Regierung zeigt auf, dass ein Gesamtüberblick fehlt. Sowohl von ambulanten als auch von stationären Einrichtungen liegen nur teilweise Zahlen vor. Der Kanton hat einen Versorgungsauftrag, aber wir wissen nicht, ob die Spitex ihren Versorgungsauftrag wahrnehmen kann. Wir wissen auf den Tag genau, wie lange ein Baugesuch dauert. Wir wissen aber nicht, wie lange man auf ein Bett in einem Altersheim wartet. Deshalb stellt sich mir die Frage, weshalb wir keine bessere Übersicht darüber haben, wie es um die Gesundheitsversorgung in unserem Kanton steht. Wir brauchen die genaueren Daten jetzt. Der sich in Ausarbeitung befindende Planungsbericht über die Gesundheitsversorgung muss eine fundierte Analyse über die Gesamtsituation liefern. Der Bericht muss uns aufzeigen, wie es um die Gesundheitsversorgung steht. Wir benötigen ein Gesamtbild darüber, was es braucht und was es hat, und zwar über den stationären und den ambulanten Bereich inklusive der psychiatrischen Versorgung. Seit fünf Jahren stagnieren beispielsweise die Ausbildungsplätze bei den medizinischen Praxisassistentinnen und -assistenten. 40 Prozent der Institutionen – diese Zahl wurde von «XUND» erhoben – schätzen ihre Rekrutierungssituation der Auszubildenden als schwieriger ein als im letzten Jahr. Sie gehen davon aus, dass diese Zahl nächstes Jahr noch steigt und sie zu noch weniger Personal kommen. Die Institutionen – Spitäler, Pflegeheime sowie Spitex-Organisationen – sind alarmiert und geben erstmals an, dass sie Stellen auf HF-Niveau nicht mehr besetzen können, weil sie keine Bewerbungen erhalten. Die Situation ist dramatisch, und das ist keine Übertreibung. Die Gesundheitsversorgung ist Aufgabe des Service public. Es ist Zeit zu handeln. Die Regierung steht in der Pflicht und muss Massnahmen ergreifen.

Jasmin Ursprung: Der Fachkräftemangel ist fast überall angekommen. Zu wenig Menschen treten ins Berufsleben ein, und zu viele gehen in Pension. Zugleich kommen seit der Einführung der Personenfreizügigkeit viele Menschen in die Schweiz, welche ebenfalls alle Strukturen wie Spitäler oder Schulen nutzen, den Fachkräftemangel jedoch kaum lindern. Mit der von der SVP Schweiz lancierten Nachhaltigkeitsinitiative wird ein Teil zur Lösung beigetragen, was wir begrüssen. Zudem versucht der Kanton durch die Schaffung von guten Rahmenbedingungen und mit Aus- und Weiterbildungsunterstützungen diesem Mangel entgegenzutreten, was wir ebenfalls als sinnvoll erachten. Im Grundsatz ist es richtig, das duale Bildungssystem zu unterstützen. Ausbildungs- und Studienplätze sollen dort

geschaffen und gefördert werden, wo sie auch benötigt werden.

Laura Spring: Aus Sicht der Grünen Fraktion handelt es sich bei dieser Anfrage um ein sehr wichtiges Thema. Dieses Wochenende wurde beispielsweise bekannt, dass es in Kriens keine Kinderarztpraxen mehr gibt. Ich kenne Familien, die auf der Suche nach einer Hebamme sind. Auch wenn man im ersten Trimester der Schwangerschaft mit der Suche beginnt, ist es meistens schon zu spät. Man muss sich also bereits vor der Schwangerschaft auf die Suche nach einer Hebamme begeben. Das Gleiche gilt für Kinder mit psychischen Problemen. Zu wenig Personal führt auch zu Kosten. Meiner Meinung nach fehlt in der Anfrage der Bereich der Hebammen. Deshalb ist es wichtig, dass im Planungsbericht auch dieser Frage genau nachgegangen wird. Erhebungen haben gezeigt, dass es zu massiven Kosten kommt, wenn Probleme in der Schwangerschaft oder im Wochenbett zu spät erkannt werden.

Riccarda Schaller: Auch aus Sicht der GLP-Fraktion handelt es sich hier um ein sehr wichtiges Thema, über das wir sprechen sollten. Wir alle wollen eine gute Gesundheitsversorgung im Kanton Luzern. Dazu ist auch eine entsprechende Übersicht notwendig. Ich bin deshalb sehr froh über diese Anfrage. Für weitere Entscheide im Zusammenhang mit der Gesundheitsversorgung müssen diese Daten ernst genommen und analysiert werden, damit die richtigen Entscheidungen und Schlüsse draus gezogen werden können.

Sarah Bühler-Häfliger: Das Gesundheitspersonal ist eine der pragmatischsten Berufsgruppen, die ich kenne. So wird trotz Zeitmangel und zu wenig Kolleginnen und Kollegen alles gegeben, damit die anhaltenden Patientinnen- und Patientenströme gut bewältigt werden können. Die Sicherheit der Patientinnen und Patienten steht immer an erster Stelle. Wenn es auf der Station eine Aufgabe zu erledigen gibt, wird dies irgendwie möglich gemacht, auch wenn es eigentlich Zeit für den Feierabend wäre. Aus einer aktuellen ökonomischen Sichtweise auf die Organisation mag dies etwas altmodisch erscheinen, doch für die Basis des Gesundheitspersonals ist es so, dass den Beschäftigten eine hohe Pflegequalität sehr wichtig ist. Deshalb werden nicht selten Überstunden geleistet, um diese gute Qualität gewährleisten zu können. In der Ausbildung werden Qualitätsstandards und Best-Practice-Richtlinien gelehrt, die in der Praxis umgesetzt werden sollen. Doch allzu bald folgt für die Beschäftigten des Gesundheitswesens der Praxisschock, nämlich wenn festgestellt wird, dass die Umsetzung dieser Ideale im Alltag nur mit allergrösstem Kraftaufwand und überdurchschnittlichem persönlichem Einsatz möglich ist. Die sehr grosse Motivation der Beschäftigten für ihren Beruf wird häufig schnell gedämpft, und bei zu vielen führt das zu einem baldigen Berufsausstieg. Massnahmen wie verlässliche Dienstplanungen und eine angemessene Bezahlung – gemessen an Verantwortung, Anforderungen und notwendigen Qualifikationen, die auch Fort- und Weiterbildung anerkennen – sind wichtig. Ebenso wichtig ist eine Personalzusammensetzung, die am Betreuungsbedarf ausgerichtet ist und eine qualitativ hochstehende Arbeit erst ermöglicht. Hier ist vieles unklar, wie uns auch die Antwort der Regierung zeigt, namentlich wie viele Personen man denn für eine qualitativ hochstehende Betreuung bräuchte. Wenn sich das Ausmass dieser Unterversorgung klarer beziffern lässt, wird auch eine präzisere Einschätzung der Situation für das Gesundheitspersonal möglich. Folglich können differenzierte, auf die jeweilige Berufsgruppe angepasste Massnahmen ergriffen werden mit dem klaren Ziel, die Verweildauer des Gesundheitspersonals im Beruf zu erhöhen. Nur so können wir mit genügend Personal weiterhin eine qualitativ hochstehende Betreuung gewährleisten.

Für den Regierungsrat spricht Gesundheits- und Sozialdirektorin Michaela Tschuor.

Michaela Tschuor: Die Anfrage von Pia Engler trägt dazu bei, dass sowohl Ihr Rat als auch unser Rat nochmals für das Thema des Fachkräftemangels im Gesundheitswesen sensibilisiert

werden. Im Gesundheitswesen stehen wir vor immensen Herausforderungen. Ein Punkt ist der Fachkräftemangel. Der Kanton Luzern hat sich in den letzten Jahren sicherlich nicht ausgeruht und verschiedene Massnahmen getroffen, sei es zum Beispiel, dass wir als einer der ersten Kantone eine Ausbildungsverpflichtung eingeführt haben, aber auch mit den Lehrgängen im Hausärzterbereich. Das sind alles extrem wichtige Ansätze, aber sie reichen nicht aus. Wir brauchen nicht nur staatliche Massnahmen. Im aktuellen Gesundheitswesen sind wir alle gefordert. Ich spreche mich nicht dafür aus, was meine Regierungsratskollegin aus einem anderen Kanton gesagt hat, dass man nämlich über das Krankenkassenobligatorium nachdenken sollte. Nachdenken ja, aber ich bin vehement gegen diese Idee. Alle Akteure, also Hausärzte, Pflegeorganisationen, Kanton und Pflegeeinrichtungen, müssen diesem Fachkräftemangel gemeinsam begegnen. Mir als Gesundheits- und Sozialdirektorin ist das ein grosses Anliegen. Ich werde dieses im Rahmen des Planungsberichtes aufnehmen. Es ist aber auch ein Aspekt in der Umsetzung des ersten Teils der Pflegeinitiative, der uns aber auch in der Umsetzung des zweiten Teils beschäftigen wird. Ein Hinweis an all jene unter Ihnen, die auf Bundesebene kandidieren: Das sind nationale Themen. EFAS (einheitliche Finanzierung), TARDOC (ambulanter Arzttarif) sowie EPD (elektronisches Patientendossier) sind alles Dinge, die dazu beitragen, dass sich unser Gesundheitswesen reformieren muss. Wir müssen mutig vorgehen, und jeder muss ein Stück von seinem Kuchen abgeben, damit wir zu einer nachhaltigen und finanzierbaren Lösung kommen, die qualitativ hochstehend ist.